

Alternative zum « NON » in Strassburg

Nach dem « nein » zweier der Gründungsmitglieder der Union und der Suspendierung des britischen Referendums arbeitet der im Oktober 2004 in Strassburg gegründete Think Tank* an handhabbaren Alternativen für eine neue Dynamisierung des politischen Europas. Die anfängliche politische Ambition der sechs Gründungsstaaten wurde im Verlaufe der aufeinander folgenden Beitritte neuer Mitgliedsländer immer weniger geteilt. Vor allem wirtschaftliche Beweggründe haben zum Beitritt der Britischen Inseln und Dänemarks geführt, wie auch die jeweiligen Beitritte der südeuropäischen und schließlich der zentraleuropäischen Staaten. Die EFTA und der Nordische Rat haben sich nicht zu echten Alternativen entwickelt, denn die meisten der Mitgliedsstaaten dieser Organisationen sahen sich zum Beitritt mehr oder weniger gezwungen. Nur der Beitritt Österreichs stellt hier eine Ausnahme dar, denn das Land hat schon immer seinen Willen bekundet, auch an der politischen Konstruktion Europas mitzuwirken. Die Flucht nach vorn in eine Erweiterung ohne Ende, wie sie noch kürzlich von W. Schäuble (Le Point) kritisiert wurde, stößt an ihre Grenzen. Die Bürger der Länder Europas wollen wissen, in welche Richtung die europäische Konstruktion verlaufen wird und welches ihre Grenzen sein werden. Von der Nachkriegszeit bis zum Fall der Mauer war die europäische Konstruktion nur ein Teil des großen Spiels des kalten Krieges. Seit 1945 und zum ersten Mal in ihrer Geschichte sind die europäischen Staaten nicht mehr die Akteure der internationalen Beziehungen. Mit dem Ende des sowjetischen Russland und der Vereinigung Europas ist eine neue Welt entstanden. Eine Seite wurde definitiv umgeblättert, und die europäischen Staaten finden sich heute an einer Wegkreuzung: entweder sie existieren auch politisch und sind in der Lage ihre ureigenen Interessen zu beherrschen, oder aber sie bleiben die Provinz eines atlantischen Ensembles.

Nur eine neue politische Dynamik in einer kleineren Gruppe von Staaten, die wir die Gruppe der Pionierstaaten nennen wollen, der harte Kern, die Vorreiter, Europa in variabler Geometrie, ist heute in der Lage, die politische Konstruktion Europas neu zu beleben. Karl Lamers hat kürzlich eine politische Wiederbelebung durch einen harten Kern auf der Basis der europäischen Verteidigung vorgeschlagen (Le Figaro, 31. Mai). Ein politisches Europa kann sicherlich nicht ohne gemeinsame Verteidigung existieren. Nur Frankreich und Deutschland können einen operationellen harten Kern bilden, und die Vorreiter dieser Form der Wiederbelebung, sei es seitens der politischen Rechten oder Linken, haben regelmäßig daran erinnert (Lamy/Verheugen, Lamers/Schäuble, Strauss-Kahn, Bourlanges, Villepin...). *«Wenn eines Tages ein echtes Risiko der Verwässerung bestünde, so wäre die richtige Antwort - denn dies ist die einzige mögliche Version eines «harten Kerns» - eine deutsch-französischer Zusammenschluss.»* (P. Lamy, Le Monde 31. März 2005). Nun ist aber, seit der deutschen Wiedervereinigung, die Kooperation zwischen Paris und Berlin beeinträchtigt, und unsere Partner beobachten das Tandem mit Misstrauen. Wir müssen den kleinen Staaten und vor allem den Ländern Zentraleuropas Garantien für eine Öffnung zusichern.

Unser Vorschlag ist die Schaffung einer Föderation, die Frankreich, Deutschland und drei kleinere Staaten umfasst: Belgien, Luxemburg und Ungarn. Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt bereits Experten damit beauftragt, an den möglichen politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Formen zu arbeiten, die eine solche Föderation einnehmen könnte. Nach dem europäischen Rat vom Dezember 2003 und dem teilweisen Scheitern der CIG im Hinblick auf den Entwurf eines konstitutionellen Vertrages, ist Peter Medgyessy, ungarischer Regierungschef, mit dem französischen Präsidenten zusammengekommen. In der Folge dieses ersten Treffens, haben der ungarische Außenminister, Laszlo Kovacs, und der

Premierminister, Peter Medgyessy, in einer Pressekonferenz erklärt, daß Ungarn Teil dieser europäischen, politischen Avant-Garde zu sein wünsche. Strassburg ist, durch seine geografische Lage und vor dem Hintergrund der Institutionen und Organisationen, die hier bereits ihren Sitz haben, geradezu dazu berufen, das politische Entscheidungszentrum dieses harten Kerns zu werden, und damit auch der Punkt, an dem Experten und Debatten über das strategische Europa zusammengeführt werden. Strassburg ist hervorragend geeignet, um die zukünftige Aufsichtsbehörde des Programms Galileo willkommen zu heißen. Wie auch Belgien und Luxemburg, ist das Elsass von einer zweifachen, französischen und deutschen Kultur geprägt. Historisch, kulturell und wirtschaftlich gehört das Elsass bereits zu Zentraleuropa. Ein Slowene, ein Wiener, ein Bewohner von Krakau oder Budapest, fühlen sich in Strassburg zuhause.

Die Logik der Erweiterung ohne Ende führt zu einem Markt-Europa, einer riesigen Freihandelszone ohne politisches Gewicht. Eine politische Wiederbelebung durch eine Gruppe von Pionierstaaten hingegen, mit offener Tür für jene Länder der Union, die dazustossen wollen, führt zu einer europäischen Macht, und damit einem Europa, das in einer erneut multipolaren Welt Gewicht hat, einem Europa, das in der Lage ist, mit China, Indien, den Vereinigten Staaten zu diskutieren, und schließlich einem Europa, wo die Konkurrenz nicht einen höheren Stellenwert hat als die Solidarität. Paradoxiertweise begünstigen sowohl die französische innenpolitische Situation als auch die internationale Situation diese Marschrichtung. Russland und die Türkei kommen vom 8. bis zum 10. Juni zum Thema Zentralasien im Kreml zusammen. Ende Juni treffen sich die Staats- und Regierungschefs Russlands, Indiens und Chinas am Baikalsee. Energieabkommen werden derzeit zwischen dem Iran, China und Indien diskutiert: es geht um den Bau einer Öl- und einer Gaspipeline von Iran bis China, mit Durchquerung von Pakistan und Indien. Dies heißt, daß im Osten der Union die wesentlichen europäischen und asiatischen Mächte ihre strategische Autonomie vorbereiten, gemeinsame Interessen mit Europa haben und bereit sind, die Herausbildung eines starken politischen Europas zu begünstigen. Auf der innenpolitischen Ebene, war der neue Premierminister, D. de Villepin, im Jahre 2003, nach der überraschenden Wiederwahl von G. Schröder, die zentrale Figur der Wiederbelebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit (Kompromiss mit Deutschland im Hinblick auf die GAP...). Er war vor allem der aktivste Förderer einer deutsch-französischen Union als offene Basis eines harten europäischen Kerns, der in der Lage wäre, der politische Motor von ganz Europa zu werden (Le Monde, 13. November 2003).

Im Juli wird Großbritannien die Präsidentschaft der Union übernehmen. Wir brauchen diesen Zeitraum, um über die Modalitäten der politischen Wiederbelebung nachzudenken. Nach diesen sechs Monaten wird Österreich die Nachfolger der Briten antreten; setzen wir darauf, dass Österreich sich der Initiative nicht widersetzen wird, wenn unsere fünf Länder ihrem Projekt ein Gesicht verleihen. Österreich kann im Übrigen unserer Avant-Garde zum Vorteil gereichen, indem es ihr eine territoriale Kontinuität verleiht.

* **Henri de Grossouvre** ist Leiter des Think Tanks, der am 1. Oktober 2004 in Strassburg bei der ADA (Agence de Développement Alsace/Wirtschaftsförderung der Region Elsass) gegründet wurde.

Deutsche Bearbeitung des französischen Originaltextes: Maren Lambrecht, Juni 2005.